

Polizei 2020 – Flickenteppich 2020

DPolG geht mit klaren Forderungen in das neue Jahrzehnt

Ein kleiner Ausflug in Geschichte

Der Föderalismus in Deutschland geht bis auf das Mittelalter zurück.

Politisch ist die Bundesrepublik Deutschland seit der Wiedervereinigung in 16 Bundesländer unterteilt. Beide Sachverhalte sind bekannt.

Weit weniger bekannt ist das Oldenburg-Urteil. Das Bundesverfassungsgericht sah in der Begründung zu diesem Urteil den Sinn des Art. 29 GG darin, dass durch eine Länderneugliederung leistungsstärkere Länder entstehen sollen, die weniger Verwaltungsaufwand mit sich bringen.

Promovierte Staats- und Verfassungsrechtler(innen) werden sich verwundert die Augen reiben, wenn man die steile These aufstellt, eine Länderneugliederung stehe der Sicherheitsarchitektur in Deutschland gut zu Gesicht.

Es sind nun 100 Tage vergangen, seit der Landesdelegiertentag der Deutschen Polizeigewerkschaft in Rheinland-Pfalz eine neue Landesleitung, quasi den geschäftsführenden Landesvorstand, gewählt hat.

In seiner Rede vor Parlamentarier(inne)n des rheinland-pfälzischen Landtags und Innenminister Roger Lewentz hat der neue Landesvorsitzende unter anderem folgende Worte an diese gerichtet: „Während die digitale Revolution uns immer schneller enteilt, sind wir in unserem föderalen System gefangen und man wird das Gefühl nicht los, dass Parteiideologien im Kampf um die richtige Sicherheitspolitik gegeneinander eingesetzt werden, um im Anschluss an Land- und Bundestagswahlen das eben erst verabschiedete Polizeirecht nach Belieben zu ändern, welches dann einer parteiideologisch initiierten Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zum Opfer fällt.“

Sehr geehrte Kolleg(inn)en, Mitglieder der DPolG, genau aus diesem Grund braucht es eine starke Berufsvertretung, eben eine mutige und laute DPolG, die gebetsmühlenartig ihre Forderungen postuliert. Forderungen, die in der Politik Gehör finden, Forderungen, deren Umsetzung eine Erfolgsgeschichte ist.

Dazu zählen unter anderem:

- > **2014** Einführung der Facebook-Fahndung
- > **2015** Einführung der Bodycam

- > **2016** Einführung der Spuckschutzhauben; Erhöhung der Einstellungszahlen auf über 500; Abkehr vom Spardiktat bei der Besoldung; Klageerfolg der DPolG und des dbb
- > **2017** Pilotversuch mit Distanz-Elektroimpulsgeräten (DEIG) bei der PI Trier und Beschluss der landesweiten Einführung
- > **2018** Klageerfolg beim OVG RLP bezüglich „altersdiskriminierender Besoldung“ nach Musterklage des Landesvorsitzenden Thomas Meyer
- > **2019** landesweite Einführung des DEIG für den Streifen-dienst

Wirft man jetzt einen Blick auf die bundesweite Polizeilandschaft, ist es eine Farce, dass wir in diesem Augenblick von einer Polizei 2020 sprechen, wo die Länder weder eingriffrechtlich, personell, ausrüstungstechnisch noch besoldungsrechtlich und informationstechnisch auf Augenhöhe agieren. Der Sicherheitsbegriff wird zum Leiden der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland mit jedem Koalitionsvertrag neu definiert.

Das, verehrte Kolleginnen und Kollegen ist und bleibt aktuell leider ein unerträglicher Zustand.

Nicht nachvollziehbar ist aktuell auch der Umstand, dass das rheinland-pfälzische Parlament Mitte Dezember die Forderung der DPolG nach der Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage abgelehnt hat.



> Thomas Meyer,
Landesvorsitzender

Diese Forderung, die aus dem Entschließungsantrag des Landesdelegiertentags, dem höchsten Gremium der DPolG, hervorgeht, ist und bleibt eine von vielen berechtigten Forderungen.

Darüber hinaus tritt die DPolG Rheinland-Pfalz ein für:

- > Die Stärkung jeder Dienstgruppe im Wechselschichtdienst um eine/einen Beamtin/Beamten
 - Aufgabenzuwächse in Höhe von 1 000 VZÄ bei der Polizei Rheinland-Pfalz
- > Die massive Stärkung der Kriminalpolizei
 - Einstieg in einen Erweiterungsbau für das Landeskriminalamt am Standort Mainz
 - Forcierter Einstieg in eine K-Laufbahn
 - Implementierung des Berufsbildes des Cyberkriminalisten, analog zum BKA
 - Attraktivitätsanreize in allen Oberzentren

Impressum:

Redaktion:
Volker Maurer (v. i. S. d. P.)
Fürstehofenstraße 6
54329 Konz
Tel. 06501.99605
E-Mail: polizeispiegel@dpolg-rlp.de
Landesgeschäftsstelle:
Adam-Karrillon-Straße 62
55118 Mainz
Tel. 06131.234488
Fax 06131.225267
dpolg@t-online.de
ISSN 0937-4876



Wer mit seinem Handy diesen Code einscann, wird automatisch auf unsere Homepage geleitet.



- > Die Schaffung zweier weiterer Hundertschaften in der Abteilung Bereitschaftspolizei
 - Aufgabenzuwächse (Abschiebungen, Rechts- und Linksextremismus, et cetera)
- > Eine dem Grundgesetz geschuldete und polizeigerechte Gesundheitsvorsorge und Krankheitsversorgung weit über dem Niveau des Sozialgesetzbuchs
- > Eine in allen Bereichen verfassungsgemäße Besoldung
- > Anreize schaffen durch:
 - Zuschüsse orientiert am Mietpreisspiegel
 - Kostenfreie Nutzung des ÖPNV und Drängen auf Schaffung der notwendigen Infrastruktur
- > Eine dauerhafte Erhöhung des Beförderungsbudgets
- sowie die Schaffung zweier Beförderungstermine und einen Einstieg in die Regelbeförderung nach A 10
- > Eine rheinland-pfälzische Sicherheitsarchitektur, die dem Polizei- und Ordnungsbehörden-gesetz Rechnung trägt
 - Stärkung des Kommunalen Vollzugsdienstes durch
 - ein eigenes Berufsbild und längere Ausbildung
 - einheitliche Ausrüstung
- > Erhöhung der Anwärterbezüge
 - Verluste von circa 12 000 bis 15 000 Euro in der Zeit der Ausbildung im Vergleich zu Bundespolizei oder Zoll

Sehr verehrte Kolleg(inn)en, liebe Mitglieder, wo ein Wille ist, findet sich bekanntlich auch ein Weg. Der Polizeiberuf ist einzigartig, spannend, viel-

seitig, aber leider auch immer gefährlicher. Gefährlich nicht nur für die Einsatzkräfte auf der Straße, sondern gefährlich auch für verantwortliche Entscheidungsträger. Gefährlich deswegen, weil wir in einer Zeit leben, in der es reflexartig darum geht, im politischen und medialen Raum Stimmungen zu generieren, deren Folgen sich zunehmend in der Bedrohung von Existenzen einzelner Polizeiführer, Interessenvertretern und Personen des öffentlichen Lebens wiederfinden. Dieses perfide Spiel trägt niemals zur Versachlichung, sondern nur zur eigenen Profilierung bei. Aus diesem Grund spricht die DPoIG Rheinland-Pfalz Frau Kirsten Lühmann, SPD-Bundestagsabgeordnete und Mitglied in der Deutschen Polizeigewerkschaft, ihren Dank aus. Dank für ihren offenen Brief an

die Vorsitzende der Bundes-SPD, Saskia Esken, in dem Sie klare Kante zeigt und schreibt: „Egal wer und wo – Polizisten dürfen nicht angegriffen werden!“

Frau Esken hatte mit ihren unqualifizierten Äußerungen zum Einsatz in Leipzig während der Silvesternacht deutliche Kritik geerntet.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft steht in der Mitte aller Kolleginnen und Kollegen und wünscht uns allen ein neues Jahrzehnt, an dessen Ende wir alle gesund unseren Beruf ausüben oder andere unter uns gesund ihren wohlverdienten Ruhestand genießen können.

*Thomas Meyer,
Landesvorsitzender*

DPoIG Rheinland-Pfalz im Gespräch mit der CDU-Landtagsfraktion

Mitte Dezember trafen sich im Abgeordnetenhaus in Mainz Vertreter der DPoIG mit Vertretern der CDU-Landtagsfraktion.

Die CDU wurde von Dirk Herber (Mdl), Matthias Lammert (Mdl) und Mathias Range (wissenschaftlicher Referent) vertreten. Für die DPoIG nahmen der Landesvorsitzender Thomas Meyer und der stellvertretende Landesvorsitzende Patrick Müller teil.

Neben weiteren Themen ging es insbesondere um:

- > die Erhöhung und Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage
- > Freie Heilfürsorge/ Heilfürsorge
- > der Kommunale Vollzugsdienst

- > Ausrüstung des Polizeieinzeldienstes mit Einsatzhelmen
 - > die Bindung von Kräften des PP ELT im Zusammenhang mit Abschiebungen
 - > generelle Entlastung der Polizei von Aufgaben
 - > die Situation bei der Polizeihubschrauberstaffel und der Wasserschutzpolizei
- Die Vertreter der CDU betonten bei den ersten beiden Themen, dass sie einer Erhöhung und Dynamisierung sowie der Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage offen gegenüberstehen. Ebenso der Einführung einer Heilfürsorge. Man müsse jedoch zunächst im Hinblick auf den kommenden Einzelhaushalt sorgfältig prüfen, wo die Prioritäten liegen. Außerdem sei man aktuell dabei die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der CDU

zum Thema Zulagenwesen auszuwerten.

Der Landesvorsitzende äußerte in Richtung Parlament wenig Verständnis dafür, dass es unter anderem ein Jahrzehnt dauert, bis dort über das Thema Heilfürsorge entschieden wird, die Besoldungspolitik des Landes durch das Bundesverfas-

sungsgericht gekippt wird und nun aus kleinen Paketen ein großes Finanzpaket geworden ist und der Finanzbedarf auf einmal zu groß wird. Zum Leidwesen aller Beschäftigten in der Polizei.

Zum Thema Berufsbild des Kommunalen Vollzugsdienstes waren sich die Vertreter der



> BU

© DPoIG R-P



CDU und der DPoIG einig, dass die Ausbildungsdauer erheblich verlängert werden muss. Herr Lammert begrüßte es, dass einige Kommunen ihre Mitarbeiter des KVD mit JPX-Pfefferpistolen ausrüsten würden. Einigkeit herrschte darüber, dass der KVD mit dem Behördenfunk ausgerüstet werden sollte. Generell sieht die CDU die Notwendigkeit einer Stärkung des KVD. Die im POG den Kommunen zugewiesenen Aufgaben, die Polizei von poli-zeitfremden Aufgaben wie Ruhestörungen, Einweisungen nach dem PsychKG und so weiter zu entlasten, können sonst nicht wahrgenommen werden.

Patrick Müller wies darauf hin, dass in den letzten Jahren an

die neuen Kolleg(inn)en keine persönlichen Einsatzhelme mehr ausgegeben wurden. Nur noch die MEG und die Kräfte der Bereitschaftspolizei hätten noch welche. Wenn solche Kräfte nicht ausreichend zur Verfügung stünden, müssten Einzeldienstbeamte ohne Helme in den Einsatz. Man war sich darüber einig, dass zumindest auf jeder Dienststelle ein Pool von Einsatzhelmen vorhanden sein sollte. Herr Lammert favorisierte aber, dass jeder der betroffenen Beamtinnen und Beamte einen eigenen Helm haben sollte.

Thomas Meyer erklärte, dass beim PP ELT täglich über 30 Beamtinnen und Beamte nur mit Abschiebemaßnahmen beschäftigt seien. In Nordrhein-

Westfalen werden diese Maßnahmen von der Bundespolizei sowie dem kommunalen Zentralen Abschiebedienst und eben nicht von der Landespolizei durchgeführt. Zur generellen Entlastung der Polizei wies Patrick Müller darauf hin, dass sich die Anzahl der Fahrerermittlungen nach Geschwindigkeitsverstößen in den letzten Jahren deutlich erhöht habe. Seiner Meinung nach müssten die Ermittlungen nicht unbedingt von Polizeibeamtinnen und -beamten durchgeführt werden.

Beim Thema Hubschrauberstaffel wies Thomas Meyer (er ist Hubschrauberpilot) darauf hin, dass Rheinland-Pfalz drei Hubschrauber vom gleichen Typ benötigen würde. Haushal-

terisch sei dies ein einmaliger Kraftakt, der sich aber für kommende Haushalte bei den laufenden Kosten rechne. Dieser Ansicht schlossen sich die Vertreter der CDU an.

Im gleichen Atemzug richtete man den Blick auf die Wasserschutzpolizei im PP ELT. Das Durchschnittsalter der Flotte liegt mit 27 Jahren viermal so hoch wie das der hessischen Kollegen. Ähnlich wie beim bundesweiten Brückenproblem wurde auch hier über Jahrzehnte nicht ausreichend investiert, sodass in der Konsequenz nun kein Geld vorhanden ist, um diesen Zustand schnell zu beheben. Es war ein gutes, über 90-minütiges Gespräch und man will weiterhin im regen Austausch bleiben. ■

#immerda oder #nimmerda

Zugegeben, die Überschrift soll reizen. Auch möchten wir an dieser Stelle zunächst erwähnen, dass hier nicht gemeint ist, die Polizei hätte keine Lust, tätig zu werden. – Dem ist nicht so!

Jedoch kommt es immer häufiger zu Situationen, in denen der Bürger Hilfe erwartet aber niemand erscheint. Jetzt werden manche Politiker reflexartig äußern: „Was soll das? – Stimmt doch nicht. Fake News!“ Um diesen Äußerungen vorzubeugen, wird hier explizit aus Erfahrungen berichtet, welche uns durch Kolleginnen und Kollegen der Vollzugsdienste in Rheinland-Pfalz zugetragen wurden.

Im Frühjahr wurde die Wertschätzungskampagne #immerda für die Blaulichtfamilie, also für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste, in die Öffentlichkeit getragen. Genauso lange regen sich landauf, landab kommunale Vollzugsbeschäft-

tigte über die komplette Ignoranz der Landesregierung bezüglich des Vollzugsdienstes auf und bescheinigen dieser völligen Realitätsverlust was die tatsächlichen Gegebenheiten ob der Tätigkeiten betrifft.

Ob bewusst oder unbewusst findet der Vollzugsdienst keine Erwähnung, wenn es um Beschäftigte geht, die tagtäglich bei ihrer Arbeit besonderen Gefahren und Respektlosigkeiten ausgesetzt sind. Bürgerinnen und Bürger werden im Dunkeln gelassen, was der Vollzugsdienst ist, kann und darf. Widerstände vorprogrammiert!

Messerangriffe, potenzielle Blaulichtfahrten, mangelnde Kommunikation aufgrund von Funkabdeckungen, nicht durchsetzbare Platzverweise, fehlendes Berufsbild. Oberbürgermeister und kommunale Spitzenverbände, Verwaltungsrechtler und betroffene Bedienstete sowie die Land-

tagsopposition. All diese Personen und Gremien, welche stets darauf hinweisen, dass etwas nicht stimmt, werden, so macht es den Eindruck, ideologisch ignoriert.

Mittlerweile fällt jedoch Folgendes auf: Aus dem #immerda wird immer häufiger ein #nimmerda! Beispiele gefällig?

Fall 1:

Es sollte ein Einsatz in einem Problemviertel stattfinden. Dieses Viertel jedoch darf zur Nachtzeit aufgrund fehlender Ausstattung des kommunalen Vollzugsdienstes von diesen nicht ohne Polizei aufgesucht werden. Laut Innenminister Lewentz ist es überhaupt kein Problem, da seiner Meinung nach die Polizei jederzeit hinzugezogen werden kann. Tatsächlich ist es jedoch so, dass eine Sicherheitsbegleitung der Ordnungsbehörde aufgrund der eigenen Aufgabenbewältigung der Polizei nicht möglich war.



► Mario Weyand

Fall 2:

Ein Bürger meldet einen dringenden Fall, der zu Maßnahmen nach dem PsychKG führt. Eine Frau drohte damit, sich selbst zu töten und schloss sich im Badezimmer ein. Es wurde, da von der Politik so bekundet, im Rahmen der Eil- und Notzuständigkeit die Polizei hinzugezogen. Nach längerer Zeit war der Vollzugsdienst dann vor Ort und die Polizei sollte abbestellt werden, da nicht mehr benötigt. Es stellte sich bei dem Anruf heraus, dass die Polizei ohnehin noch nicht unter-



wegs war, weil keine Streife mehr zur Verfügung stand.

Fall 3:

Ein Streifenteam des Vollzuges stellte ein verkehrsunsicheres Fahrzeug fest und meldete den Sachverhalt an die zuständige Polizei. Der Fahrer des Fahrzeuges wollte dieses von der Örtlichkeit am Straßenverkehr teilnehmen lassen. Die Polizei äußerte, für solche Einsätze keine Kräfte frei zu haben. An diesen wenigen Beispielen aus einer Kommune innerhalb kurzer

Zeit, ist zu erkennen, dass die Polizei #immerda ist, jedoch aufgrund der eigenen Personalsituation eine immer häufigere Priorisierung vornehmen muss. Dies bereits für eigene Aufgaben. Kommen nun noch die der Kommunen hinzu, ist anzunehmen, dass es hinten und vorne nicht mehr reicht und die ohnehin schon geringste bundesweite Personaldichte eine noch größere Brisanz erhält.

Man darf gespannt sein, ob und inwieweit, sich die Polizei-

stärke zukünftig konsolidiert. Dann ist hoffentlich für polizei-eigene Aufgaben mehr Personal zur Verfügung. Wenn zahlreiche Kommunen allerdings weiterhin ihre Aufgaben nicht wahrnehmen und die Landesregierung ebenfalls keinen Handlungsbedarf an Verbesserungen für den KVD sieht, dann ist die innere Sicherheit nur noch bei größeren Delikten gesichert. Die kleinen Dinge allerdings, welche für das Zusammenleben der Bevölkerung wichtig sind,

geraten zunehmend aus den Fugen.

Respekt und Anerkennung – für eine starke Polizei und einen starken Vollzugsdienst, fordern wir nicht nur von der Bevölkerung, sondern ebenfalls von der Politik!

Mario Weyand,
Vorsitzender

DPOIG-Fachverband
Kommunaler Vollzugsdienst

BBBank und DPOIG Rheinland-Pfalz

Mitglieder profitieren von einer starken Partnerschaft

Zum Jahresauftakt trafen sich der Landesdirektor der BBBank für den öffentlichen Dienst, Roland Hipke, und der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Thomas Meyer, zu einem informatorischen

Austausch. „Es fühlt sich gut an, einen zuverlässigen Partner auf dem Finanzsektor an seiner Seite zu wissen“, äußerte sich der neu gewählte Landesvorsitzende. Die BBBank bietet den Mitgliedern der DPOIG tol-

le Vorteile, welche es nun gilt, den Kolleg(inn)en noch transparenter und individuell auf ihre Bedürfnisse angepasst interessanter zu machen. „Innerhalb der dbb Familie ist und bleibt die DPOIG ein wichtiger

Kunde der Badischen Beamtenbank, die sich dem öffentlichen Dienst in besonderer Weise verbunden fühlt.“

50 Jahre DPOIG-Mitglied



Im Rahmen einer Vorstandssitzung des dbb Bezirksverbandes Trier wurde der Kollege Hugo Wust durch Wolfgang Faber und Volker Maurer für seine 50-jährige Mitgliedschaft in der DPOIG geehrt. Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren

Im Monat Januar/Februar 2020 haben Geburtstag:

40 Jahre

Andreas Resch

50 Jahre

Kerstin Wessler
Marc Zimmer
Thomas Meyer
Mario Casper
Erik Baumann

55 Jahre

Thomas Lamb
Uwe Groß
Markus Aan't Heck
Ralf Schmalenbach

60 Jahre

Matthias Meder
Sigrid Martin
Sylvia Holz
Werner Hübel
Thomas Berg
Franz Josef Platz
Alexander Faust
Edeltraud Weißgerber
Gerald Starke
Harald Mander

65 Jahre

Joachim Hildenbrand
Gerald Schmidt
Edmund Scheuern
Hans-Jürgen Kugelmeier
Johann Michael Strupp
Franz-Theo Schuster

70 Jahre

Andreas Schöneberger
Egon Schrage
Werner Vinzens Dengel

75 Jahre

Volker Weiß
Peter Kosko
Ditmar Grub

76 Jahre

Hermann Gaab
Werner Steffens

78 Jahre

Hans-Joachim Buhr

80 Jahre

Günter Frey